

Einen wesentlichen Grund dafür erblickten die Behörden in der aufkeimenden Gewerkschaftsbewegung, die als Vorhof der Sozialdemokratie erschien. Speziell Warkens respektables Resultat im Wahlkreis Saarbrücken schien dies zu unterstreichen. Die in der Zeit des Sozialistengesetzes eingefahrenen Vorurteile, wonach „*die politische Parteibildung gewissermaßen die Linientruppe, die Gewerkschaften die Reserve und die Unterstützungskassen den Landsturm*“⁶¹ der sozialistischen Arbeiterbewegung darstellten, erfuhren somit neue Bestätigung. „*Die Bergleute sind in ihren eigenen Augen königstreu und patriotisch gesinnte Leute. Die Ziele aber, welche sie im Auge haben, sind von denen der Sozialdemokratie nicht allzu weit entfernt*“⁶², kennzeichnete Regierungspräsident von Pommer-Esche das wachsende Dilemma.

8.4 Arbeiterausschüsse und „*Neuer Kurs*“

Unter dem Eindruck der Dezember-Streiks 1889 entwickelte Wilhelm II. am 21./22. Januar 1890 in zwei umfangreichen Schriftsätzen sein soziales Reformprogramm, das auf einer von Kayser und Holstein überarbeiteten Denkschrift seines Erziehers Georg Hinzpeter basierte¹; auch Vorstellungen Stoeckers² und Gedanken Berlepschs³ flossen möglicherweise in die kaiserlichen Ausarbeitungen mit ein.

Die Einführung des Achtstundentages sei zwar unmöglich, wohl aber wäre ein Verbot der Sonntags- und Nacharbeit durchführbar. „*Eine größere Ausdehnung des Arbeiterschutzes*“ könne nur „*im Wege der internationalen Regelung*“ angestrebt werden. „*Bei den staatlichen Bergwerks-Betrieben muß der fiskalische Gesichtspunkt hoher Erträge ganz in den Hintergrund treten. Ihr erster Zweck muß der sein, den Staat – was namentlich für den Kriegsfall von Bedeutung ist – mit dem genügenden Kohlenvorrat zu versehen. Ihr anderer Zweck muß der sein, der Industrie den Überschuß abzugeben, wenn sie im Falle von Streiks Not leidet*“. Die Verbeamtung der Bergarbeiter würde weitere Streiks verhindern⁴. Zur Entwicklung dieses Programms befahl Wilhelm II. dem Staatsministerium, ihm einen Erlaß „*in warmer und begeisterter Sprache*“ vorzulegen, „*welcher den Arbeitern zeigt, daß nach wie vor der König ein warmes Herz für sie habe, ihre wahren Bedürfnisse erkenne und auch gewillt sei, ihnen zu helfen*“. Sollten dennoch Arbeitskämpfe ausbrechen, dann würde ein Einsatz der Armee „*an Härte verlieren*“⁵.

61 Polizeipräsident Madai/Berlin an IM vom 3. 6. 1886, zit. bei W. Schröder: Berliner Polizeipräsidium, S. 565 f.

62 Zeitungsbericht RP Pommer-Esche/Trier für das 2. Quartal 1889, LHAK 403/9051, 421 – 434, Zitat S. 433.

1 Bollnow, S. 98–101. John C. G. Röhl (Hrsg.): Philipp Eulenburgs Politische Korrespondenz, Bd. 1, Boppard 1976, S. 406 ff. Zu Kayser vgl. Walter Frank: Der Geheime Rat Paul Kayser, in: HZ 168 (1943), S. 302–335, 541–563. Zu Holstein vgl. Helmut Krausnick: Holsteins Geheimpolitik in der Ära Bismarck 1886 bis 1890, 2. Aufl. Hamburg 1942. Norman Rich: Friedrich von Holstein. Politics and Diplomacy in the Era of Bismarck and Wilhelm II., Bd. 1, Cambridge 1965.

2 Vgl. Walter Frank: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung, 2. Aufl. Hamburg 1935.

3 Kirchhoff, S. 105. K. E. Born, S. 13, 16.

4 „*Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Arbeiter*“ vom 22. 1. 1890, abgedruckt bei Eppstein, S. 128–132, sowie Hohlfeld, Bd. 1, S. 452–455.

5 „*Bemerkungen zur Arbeiterfrage*“ vom 21. 1. 1890, abgedruckt bei Eppstein, S. 125–127. Hohlfeld, Bd. 1, S. 455 f. Kliersfeld, S. 80 f.